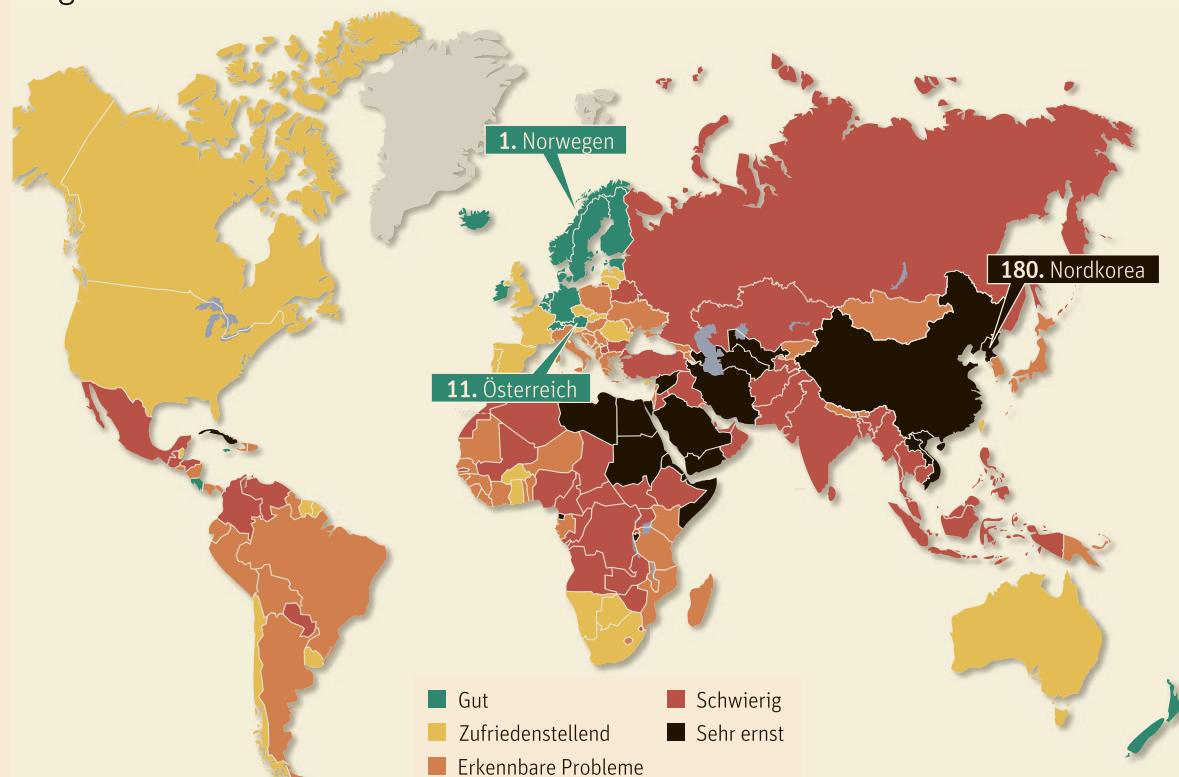


Unabhängiger Journalismus unter Druck

Lage der Pressefreiheit 2017



Rangliste (Auswahl)

1. Norwegen	31. Südafrika	71. Ungarn	155. Türkei
2. Schweden	39. Frankreich	72. Japan	165. Iran
3. Finnland	40. Großbritannien	103. Brasilien	168. Saudi-Arabien
11. Österreich	43. USA	109. Bulgarien	176. China
16. Deutschland	52. Italien	148. Russland	180. Nordkorea

Quelle: Reporter ohne Grenzen, APA

DER STANDARD



Solidarität mit dem in der Türkei verhafteten deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel.



Protest gegen den seltsamen Umgang von US-Präsident Donald Trump mit Medien.

Journalisten wie Staatsfeinde behandelt

Der türkische Journalist Ismail Eskin wird nicht in Wien dabei sein, wenn seine – inhaftierten – Kollegen geehrt werden. Eigentlich hat ihn der Presseclub Concordia zur heute, Mittwoch, stattfindenden Verleihung des Publizistikpreises für Presse- und Informationsfreiheit eingeladen, der für 2016 allen inhaftierten Journalisten in der Türkei zuerkannt wird. Eskin, Kurde aus der Stadt Diyarbakır, wurde vom Presseclub „anstelle seiner inhaftierten Kollegen“ zur Verleihung eingeladen, und er wollte kommen – allerdings haben ihm die österreichischen Behörden Steine in den Weg gelegt.

Die österreichische Botschaft in Ankara beantwortete seinen Antrag auf ein Visum für elf Tage am 24. April mit den „Bedenken“, die gegen eine Bewilligung sprächen, „es bestehen begründete Zweifel am Wahrheitsgehalt des Inhaltes der vorgelegten Belege und an der Glaubwürdigkeit der Angaben des Antragstellers“, argumentierte man an der Botschaft. Zudem habe der Journalist „nicht den Nachweis erbracht, dass er über ausreichend Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts“ für die Dauer seines Aufenthalts verfüge und „keine bzw. nicht ausreichende Nachweise (z. B. Besitz von Immobilien, Kfz, Geldmittel etc.) zur Wahrung der Verwurzelung im Heimatland“ vorgewiesen.

Visumantrag zurückgezogen

Allerdings: Der Presseclub Concordia kommt für alle Reise- und Aufenthaltskosten, Versicherungen und Taschengeld auf – worauf in einer Mail an den Zweiten Botschaftssekretär in Ankara am 26. April nochmals hingewiesen wurde. Dann aber war es zu spät. Eskin zog seinen Antrag auf ein Visum für Österreich zurück – um die weitreichenden Folgen einer Ablehnung zu verhindern.

Mit den negativen Folgen ihres Handelns haben Journalisten in Eskins Heimatland täglich zu kämpfen: „Journalismus ist kein Verbrechen“, heißt ein Slogan, den türkische Reporter und Redakteure bei ihren Straßendemonstrationen auch im Ausnahmezustand hochhalten. Für 231 Journalisten, die in der Türkei

Heute ist Internationaler Tag der Pressefreiheit: In vielen Ländern der Welt riskieren kritische Journalisten ihr Leben. In der Türkei jagt eine Verhaftungswelle die andere. Aber auch Österreich verweigert einem türkischen Publizisten die Einreise.

seit dem Putsch und Gegenputsch vom Sommer 2016 festgenommen wurden, und hunderte andere, die auf freiem Fuß sind, aber wegen ihrer Artikel vor Gericht stehen, ist es das sehr wohl. Fast immer lautet der Vorwurf Propaganda für Terrororganisationen.

Für unabhängig denkende Türken ist der morgendliche Blick auf

den Zeitungsständer an der Trafik jedes Mal ernüchternd: Die Zahl der gedruckten regierungskritischen Zeitungen lässt sich mittlerweile an einer Hand abzählen: zwei kleine linksstehende Blätter – *Evrensel* und *Birgün*; dann *Cumhuriyet*, das Traditionsblatt der Republik, wo zwölf Kolumnisten, Chefredakteur und Karikaturist

seit nun 184 Tagen in Untersuchungshaft sitzen. Schließlich das Massenblatt *Hürriyet* des Dogan-Konzerns, das umsichtig jeden Tag zwischen Freundlichkeiten und kritischen Berichten über die Regierung alterniert; ähnlich, aber noch sehr viel vorsichtiger die konservativ-islamische Tageszeitung *Karar*, die dem früheren,

geschassten Premier Ahmet Davutoglu nahestand.

Im jüngsten Index von Reporter ohne Grenzen ist das EU-Berichtsland Türkei um vier Plätze auf Platz 155 von 180 Staaten abgerutscht.

Nur knapp davor, eingerahmt von Mexiko und Tadschikistan, reiht sich Russland auf Rang 148 ein. Im Vorjahr war die staatliche Kontrolle der unabhängigen Medien verstärkt worden. Speziell die Medienholding RBK des Oligarchen und Ex-Präsidentenkandidaten Michail Prochorow geriet massiv unter Druck. Im Frühjahr hatte sie über die Panama Papers berichtet, die das milliardenschwere Offshorebusiness eines der engsten Freunde Wladimir Putins offenlegten.

„Es ist eine doppelte Sperrlinie, die sich niemand mehr die Mühe macht zu verbergen. Alle wissen: Über Putin, seine Familie und seinen engsten Kreis zu schreiben ist verboten“, sagte die Pressesekretärin der unabhängigen Journalistengewerkschaft, Alexandrina Jelagina. Weitere Tabuthemen sind ihren Worten nach die russisch-orthodoxe Kirche und Rosneft-Chef Igor Setschin.

Tote Journalisten

Während Setschin RBK mit finanziell schmerzhaften Verleumdungsklagen überhäufte, führte der informelle Druck aus dem Kremel zum kompletten Austausch der Führungsriege beim Sender und der Kündigung von dutzenden Journalisten.

Auch die persönliche Sicherheit von Journalisten im Land ist nicht gewährleistet. Erst im März wurde der unabhängige Journalist Nikolai Andruschenko bei einem Überfall totgeprügelt. Die Tat hängt vermutlich mit seiner beruflichen Tätigkeit zusammen. Bei der Aufklärung anderer Fälle wie dem Überfall auf eine Gruppe von Journalisten und Bürgerrechtlern an der Grenze zu Tschetschenien vor einem Jahr oder der Suche nach den Hintermännern der Ermordung von Anna Politkowskaja (2006), Natalja Estemirowa (2009), Juri Schtschekotschichin (2003) und Wladislaw Listjew (1995) gibt es bisher keine Fortschritte. (ab, bbl, gra, mab)

Was Aufdecker mit Kakerlaken verbindet

Digitale Überwachung bedroht den investigativen Journalismus und seine Quellen: Forscherin Julie Posetti untersucht die Lage in 121 Ländern.

INTERVIEW: Harald Fidler



Posetti: Die Aufhebung ist ermutigend. Aber wie auch in einigen anderen europäischen Staaten sehen wir auch hier schleichende Bedrohungen von Journalisten, die mit vertraulichen Quellen arbeiten. Wir müssen das im Auge behalten.

STANDARD: Zum Welttag der Pressefreiheit veröffentlicht die Unesco Ihre Studie über den Schutz journalistischer Quellen in 121 Ländern in einer digitalen Welt: Gehört investigativer Journalismus auf die rote Liste bedrohter Arten?

Posetti: „Investigativer Journalismus ist wie Kakerlaken – nichts wird ihn umbringen können“, hat mir die frühere US-Chefredakteurin des *Guardian*, Janine Gibson, einmal gesagt. Wir werden einen Weg finden, um weiterzumachen. Aber im Bewusstsein eines hohen Risikos, mit Aufwand für Training und Technologie, etwa zur Verschlüsselung, und mit dem steten Drängen auf Gesetze, die Überwachung, Datenspeicherung und andere Maßnahmen transparent und kontrollierbar machen. Die digitale Welt hat eine Fülle von Bedrohungen für investigative Journalisten hervorgebracht. Gesetze über den Quellenschutz – wo es sie überhaupt gibt – werden mit Gesetzen über nationale Sicherheit und Terrorabwehr ausgehöhlt. Sie werden mit Massen- wie gezielter Überwachung untermi-

niert, mit Datenspeicherung und Druck auf Onlineprovider, Telekom-Gesellschaften und Social-Media-Plattformen zur Herausgabe von Daten infrage gestellt.

STANDARD: Sie und Ihr Team haben die Lage in 121 Ländern analysiert: Wo ist es am schlimmsten?

Posetti: Das größte Risiko gehen Journalisten und ihre Quellen natürlich in jenen Staaten ein, wo ihnen Tod, Folter und Gefängnis drohen. Aber unsere Studie zeigt, dass der gesetzliche Schutz von Quellen in vielen Staaten mit einer sehr starken Tradition der Pressefreiheit in der digitalen Welt massiv ausgehöhlt wird, mit potenziell einschneidenden Folgen für den Journalismus – etwa in Frankreich, in den USA, in Großbritannien, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Ein ernster Anlass zur Sorge.

STANDARD: Österreich wird mit seinem – später aufgehobenen – Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung und mit seinem Sicherheitspolizeigesetz von 2012 negativ erwähnt.

STANDARD: Noch gibt es in Österreich ein Amtsgeheimnis statt Verpflichtung zur Information.

Posetti: Offenheit und Transparenz sind wichtige Grundprinzipien der Demokratie. Es geht um das Recht der Öffentlichkeit auf Information – auch wenn Whistleblower geheime Informationen Journalisten zur Verfügung stellen.

STANDARD: Warum sollten Politiker ein Interesse haben, investigativen Journalismus abzusichern?

Posetti: Weil die Demokratie davon abhängt. Bürger müssen Vertrauen in öffentliche Institutionen haben, und dieses Vertrauen fußt auf der Erwartung, dass Journalisten und Whistleblower den Mächtigen auf die Finger schauen und sie zur Verantwortung ziehen, indem sie Korruption und Ungerechtigkeit ans Licht bringen. Ein gründlich untersuchter Staat ist ein gesunder Staat.

JULIE POSETTI (46) ist Journalistin und Wissenschaftlerin an der Universität Wollongong in Australien, sie arbeitet auch für den Weltverband der Zeitungen.